

**A U S Z U G aus der Niederschrift
Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur
JSSSK/014/21-26 Sitzung am 27.06.2023**

Friedberg, den 28. Juli 2023

Empfänger:Bürgermeister.....
Amt für soziale und kulturelle Dienste und Einrichtungen.....
Fachbereich Finanzen.....
Haupt- und Personalamt.....

TOP	DS-Nr.	Titel
5.	21-26/0339	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke. vom 07.02.2022; hier: Einführung eines Friedberg-Pass

Vorsitzende Pfannmüller berichtet über die Historie des Antrages und leitet in die Beratungen ein. Mitglied Weiberg begründet kurz den Antrag und möchte, dass dieser weiter beraten wird.

Mitglied Wagner erläutert, dass eine umfangreiche Studie seit letzter Woche auf der Homepage des Hessischen Sozialministeriums (unter <https://soziales.hessen.de/presse/machbarkeitsstudie-zur-sozialen-und-kulturellen-teilhabe-veroeffentlicht>) verfügbar sei, die man sich in diesem Zusammenhang anschauen solle.

Er schlägt für das weitere Verfahren vor, den Link zur Studie zeitnah an die Ausschussmitglieder zu versenden, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und in dieser mit einer bis dahin zu fertigenden Stellungnahme der Verwaltung weiter zu beraten.

Bürgermeister Antkowiak begrüßt diesen Vorschlag, erinnert aber auch an die noch nötige Kostenermittlung und den bereits mehrfach kommunizierten erhöhten Personalbedarf, sofern der Antrag in der vorliegenden Form beschlossen werden würde.

Nach einem Redebeitrag von Mitglied Haizmann teilt Mitglied Weiberg daraufhin für die drei antragstellenden Fraktionen mit, dass der Antrag wie folgt **abgeändert** wird:

Ziffer 1) wird verändert von „Personen, die sich wöchentlich 5 Stunden oder mehr ehrenamtlich engagieren“ in **neu: „Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte“** NEU → 21-26/0339/1

Der **veränderte Antrag bleibt somit im Geschäftsgang**, soll auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gesetzt werden, bis zu der sich wiederum alle Fraktion mit der Studie befassen sollen und die Verwaltung eine Stellungnahme vorbereiten soll.

zurückgestellt

gez.: Kammer

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtverordnetenversammlung
Friedberg/Hessen

Fraktionsvorsitzender:
Markus Fenske



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung
Friedberg/Hessen

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Klaus-Dieter Rack



F: 09.02.2022
Die Linke.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung
Friedberg/Hessen

Fraktionsvorsitzende:
Lena Binsack

DIE LINKE.

An:
Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung Friedberg Hessen

07.02.2022

Gemeinsamer Antrag

21-26/0339

Einführung eines Friedberg-Pass

Sehr geehrter Herr Hollender!

Wir bitten darum den folgenden Antrag zur nächsten Stadtverordnetenversammlung zu behandeln:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Friedberg-Pass einzuführen.

Dieser ermöglicht folgenden Personenkreisen mit Erstwohnsitz in Friedberg eine Ermäßigung um mindestens 50% in den Bereichen Stadtbuss, Kultur, Sport, Bildung und Freizeit:

- 1) Personen die sich wöchentlich 5 Stunden oder mehr ehrenamtlich engagieren.
- 2) Personen mit geringen Einkommen:
 - a) Empfangenden von Arbeitslosengeld II
 - b) Personen die Sozialhilfe oder Grundsicherung empfangen
 - c) Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz empfangen
 - d) Personen, die Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein haben
 - e) Personen, die einen Ausweis der Friedberger Tafel haben.
 - f) Personen in Haushalten, deren Haushaltsnettoeinkommen unterhalb von 60 % des Medianeinkommens für Hessen liegt (Armutsschwelle). (2019: 1093 € für eine Einzelperson, 2300 € für einen Haushalt mit 2 Erw, 2 Kindern.)

Sollte die Stadt Friedberg nicht organisatorisch an den betroffenen Angeboten beteiligt sein, wird die Stadt beauftragt, die Anbieter auf Antrag teilweise oder vollständig für die Ermäßigung zu subventionieren. Hierfür ist ein leistungsgerechtes Budget in den Haushalt einzustellen. Die Ausstellung eines solchen Passes soll kostenlos erfolgen. Die Gültigkeitsdauer sollte 2 Jahre betragen.

Bei der Ausgestaltung des Pass ist darauf zu achten, daß regelmäßig Zuschüsse der Stadt nur zum Einsatz kommen, sofern andere Leistungen (wie z.B. Bildungs- und Teilhabepaket, Ermäßigung durch Fachstelle Jugendarbeit des Wetteraukreises, etc.) nicht zur Reduzierung der Kosten um mindestens 50 % genügen. In solchen Fällen sind die Leistungen der Stadt nachgelagert zu erbringen.

In Fällen erheblicher bürokratischer Aufwendungen kann davon abgewichen werden und eine rein städtische Bezuschußung erfolgen.

Begründung:

Die Stadt Friedberg sollte es als ihre Aufgabe erachten, dem Ausschluss von Bürgerinnen und Bürgern von weiten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entgegenzuwirken. Alle Menschen, egal welcher Einkommensklasse, haben ein Recht auf Teilhabe an den in Friedberg vorhandenen Angeboten. Gleichzeitig gibt es viele Menschen die sich ehrenamtlich engagieren und das Leben in der Stadt Friedberg sicherer und lebenswerter machen. Dies betrifft z.B. Freiwillige bei der Feuerwehr, dem THW, der Flüchtlingsbetreuung, der Sozialberatung, Jugendarbeit und Kulturarbeit. Ihr Engagement sollte die Stadt würdigen.

Deswegen schlagen wir einen gemeinsamen 'Friedberg-Pass' vor beiden Gruppen eine Ermäßigung zukommen zu lassen. Für einkommensschwache Menschen wird somit überhaupt erst ein bißchen Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht. Und engagierten Ehrenamtlichen wird so eine Würdigung Ihrer Leistungen ausgesprochen.

Beispiele für Anwendungsbereiche des Friedberg-Pass sind:

Kultur:

- das Wetterau Museum
- die Stadtführungen
- der Besuch des Judenbades und des Adolfsturmes
- das Theater altes Hallenbad
- die Friedberger Volksbühne
- kostenpflichtige Veranstaltungen der Stadt

Freizeitaktivitäten:

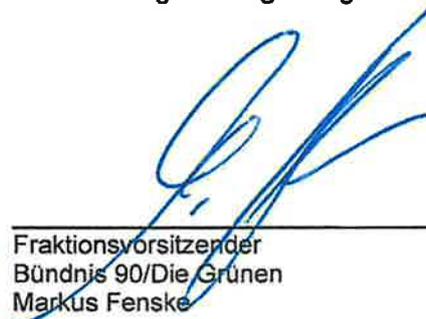
- die Teilhabe an Sportvereinen
- der Kinderplanet
- verschiedene Ferienfreizeiten
- kostenpflichtige Angebote von Jimbala
- (Senioren)Ausflüge
- die Angebote im Junity, sofern diese kostenpflichtig sind
- das (Open Air) Kino

Bildungsangebote:

- Kurse der Musikschule

Der Stadtbus sollte ebenfalls durch den Sozialpass vergünstigt werden. Diese Angebote sind vielen Menschen mit geringem Einkommen vorenthalten, da diese oft nicht die benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung haben.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.


Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen
Markus Fenske


Fraktionsvorsitzender
SPD
Dr. Klaus-Dieter Rack


Fraktionsvorsitzende:
Die Linke
Lena Binsack